

# Die Ursprünge der Debatte um Japan als „normaler Staat“ in der japanischen Taiwan-Politik von 1969–1978<sup>1</sup>

Ruth Achenbach (Hamburg)

## 1. Das Thema

Ozawa Ichirô<sup>2</sup>, ehemaliger Vorsitzender und Generalsekretär der aktuellen Regierungspartei DPJ (Demokratische Partei Japans, 民主党 *minshutô*), stößt 1993 unter dem Einfluss des japanischen Golfkriegs-Traumas<sup>3</sup> durch seine klare Forderung, dass Japan nun endlich ein „normaler Staat“ werden müsse, eine schon länger brodelnde und somit letztlich überfällige öffentliche und politische Debatte an. In „Blueprint for a New Japan“ (日本改造計画 *Nihon kaizô keikaku*) definiert er einen „normalen“ Staat als einen solchen, der internationale – das beinhaltet auch und besonders militärische – Verantwortung übernehme, statt diese durch einen Hinweis auf nationalstaatliche Handlungshemmnisse von sich zu weisen. Weitere Merkmale eines „normalen“ Staates seien klar definierte außenpolitische Ziele, die aufgrund einer transparenten normativen Grundlage verfolgt würden, ebenso wie die Fähigkeit, internationalem Druck standzuhalten.<sup>4</sup> Japan mangle es an all diesen Kriterien: Es lehne die Übernahme internationaler Verantwortung wegen seiner pazifistischen Verfassung ab, verfolge eine intransparente Außenpolitik, und die sicherheitspolitische Abhängigkeit von den USA machten es empfindlich für amerikanischen politischen Druck. Ozawas Kritik an der japanischen Selbstdarstellung auf der inter-

---

1 Die Autorin möchte sich bei Prof. Dr. Gabriele Vogt für ihre stets hilfreichen Anregungen bei der Konzeption des Themas und ihre kritischen Anmerkungen zum Manuskript bedanken, ebenso wie bei Adrian Sichma, der die Autorin durch seinen Einsatz in verschiedensten Bereichen in der Erforschung der japanischen Taiwan-Politik unterstützt hat.

2 Ozawa ist zum Zeitpunkt seiner Äußerungen Mitglied der Liberaldemokratischen Partei (自由民主党 *jiyû minshutô*, LDP) Japans.

3 Japan wird in diesem Zusammenhang einseitige Fokussierung auf finanzielle Beteiligung und mangelnde „echte“, also personelle Unterstützung des Bündnispartners USA im Krieg gegen den Irak (1990/91) vorgeworfen. Kritik kommt vor allem aus den USA, die Japan nach Kriegsende nicht nach Washington zu einem Treffen der Alliierten der USA einladen. Ein weiteres Beispiel für die negative Bewertung der „bloßen“ finanziellen Unterstützung zeigt sich darin, dass Kuwait sich nach Kriegsende bei den „friendly nations“ bedankt, Japan trotz seines milliardenschweren Beitrags jedoch auslässt (PURRINGTON 1992: 169).

4 OZAWA 1994: 94–98.

nationalen Bühne trifft in den 1990er Jahren den Nerv vieler Politiker, Journalisten und Wissenschaftler;<sup>5</sup> dennoch ist diese Kritik nicht neu.

Die japanische Abhängigkeit<sup>6</sup> von den USA lässt sich bis in die Nachkriegszeit verfolgen, als Japan unter US-amerikanischer Besatzung stand. Das Ende der Besatzungszeit bedeutet Souveränität der japanischen politischen Entscheidungsträger, faktisch bleibt jedoch eine enge wirtschaftliche, diplomatische und sicherheitspolitische Verknüpfung, wenn nicht sogar eine Abhängigkeit, vom Seniorpartner USA bestehen. Dies verdeutlicht sich besonders im zentralen Themenbereich des Artikels, der Taiwan-Politik. Diese ist mit den Themenbereichen Wirtschaft, Diplomatie und Sicherheitspolitik in folgender Weise eng verknüpft: Bis 1972 strebt Japan nach engeren wirtschaftlichen Beziehungen zur Volksrepublik (VR) China, würde durch solche jedoch in einen Konflikt mit dem antikommunistischen Bündnispartner USA geraten und die ertragreichen Handelsbeziehungen zur Republik China auf Taiwan gefährden. Die diplomatische Verknüpfung zeigt sich bereits Anfang der 1950er Jahre an dem amerikanischen Druck auf Japan, die Republik China auf Taiwan anzuerkennen und politisch zu unterstützen. Nachdem die USA 1971 unter Präsident Richard Nixon Kontakt zur VR China aufgenommen haben, folgt Japan ihrem Beispiel und bewirkt dadurch bereits 1972 den Bruch der diplomatischen Beziehungen zu Taiwan, sechs Jahre bevor sich die USA zu diesem Schritt entscheiden. Aus sicherheitspolitischer Perspektive ist die Taiwan-Straße von großer strategischer Bedeutung für das exportabhängige Japan. Gleichzeitig gilt Taiwan aufgrund seiner geographischen Nähe zu Okinawa (wo die USA Militärbasen unterhalten) als strategischer Puffer zur Nuklearmacht VR China. Der Umgang mit der Republik und der VR China sorgt also bereits seit Beginn der 1950er Jahre für Konfliktstoff in der japanischen Politik und in der japanisch-amerikanischen Sicherheitspartnerschaft. An der japanischen Taiwan-Politik werden im Folgenden die Bestrebungen der japanischen Politik untersucht, sich von den USA zu emanzipieren.

Im Zentrum dieses Artikels steht die These, dass Japan in drei Schritten danach strebt, den außenpolitischen Dreiklang aus wirtschaftlicher, diplomatischer und sicherheitspolitischer<sup>7</sup> Abhängigkeit zu reduzieren. Das große wirtschaftliche Wachstum, das Japan zu einem Konkurrenten Amerikas macht, führt zu wirtschaftlicher Emanzipation von den USA; eine diplomatische (teilweise) Emanzipation erfolgt in der japanischen Taiwan-Politik, und die Forderung Ozawas nach sicherheitspolitischer Emanzipation ist lediglich die Vollendung der Forderungen seiner politischen Vorgänger. Dies wird im Folgenden anhand des theoretischen Ansatzes der *two-level games* untersucht. In der Fallstudie der

---

5 Vgl. z.B. JOHNSON 1992.

6 Abhängigkeit wird im vorliegenden Text in Anlehnung an HOLSTI (1982:7) als die Fähigkeit eines anderen Staates definiert, die Parameter des innen- und außenpolitischen sowie wirtschaftlichen Handelns des abhängigen Staates zu setzen und das konforme Verhalten dieses Staates einzufordern.

7 MENDEL 1995:8.

japanischen Taiwan-Politik werden Variablen klassifiziert, die auf die japanischen Entscheidungsträger einwirken, und der Prozess der Reduzierung diplomatischer Abhängigkeit nachgezeichnet.

Nach einer Einführung in das theoretische Konzept erfolgt eine kurze Darstellung der Debatte um Japan als „normaler“ Staat und der politischen Situation in der Region. Die Fallstudie der japanischen Taiwan-Politik wird anschließend in den Kontext der Debatte gestellt.

## 2. Theoretische Einordnung der Fallstudie

Im Mittelpunkt der Analyse der japanischen Taiwan-Politik als Politikfeld möglicher Emanzipation von außenpolitischen Vorgaben der USA stehen die Entscheidungsträger der japanischen Außenpolitik. Diese stehen in einem Spannungsfeld zwischen innenpolitischem und internationalem, also äußerlichem Druck (外圧 *gaiatsu*).

### 2.1 Theoriekonzept

Das theoretische Konzept der *two-level games*<sup>8</sup> bezeichnet das Phänomen, dass die Verhandlungsführer in internationalen Gesprächen mit innenpolitischem Druck argumentieren, um den internationalen Gesprächspartner zu Zugeständnissen zu bewegen. Innenpolitisch können eben diese Verhandlungsführer auswärtigen Druck als Grund für internationale Kompromisse angeben, die über den nationalen Konsens in der verhandelten Frage hinausgehen. Auf diese Weise können die Verhandlungsführer die Verhandlungen zum Teil anhand ihrer persönlichen Präferenzen steuern. Das Konzept der *two-level games* verbindet somit die drei Analyseebenen, die zur Erklärung staatlichen außenpolitischen Handelns herangezogen werden: die internationale, die nationale und die individuelle.<sup>9</sup> Auf der internationalen Analyseebene stehen die Zielsetzungen einzelner Staaten in Konflikt mit denen anderer Staaten, die Druck ausüben, während innenpolitische Entscheidungsprozesse wie eine „black box“ ausgeblendet werden.<sup>10</sup> Auf der nationalen Analyseebene stehen dahingegen innenpolitische Faktoren im Fokus, die das internationale System formen. Auf der individuellen Ebene stehen letztlich die Entscheidungsträger oder Verhandlungsführer. Die Ebenen können nicht isoliert voneinander betrachtet werden, da Elemente aller Ebenen den außenpolitischen Entscheidungsprozess zusammenwirkend beeinflussen.<sup>11</sup> Der Verhandlungsprozess erfolgt in zwei Schritten: der internationalen Verhandlung und der nationalen Ratifizierung.<sup>12</sup> Diesen ist jedoch ein dritter Schritt hinzuzufügen, wie der Politikwissenschaftler Nabers herausgearbeitet

---

8 Für eine ausführliche Darstellung des Ansatzes s. MORAVCSIK 1993.

9 WALTZ (1965:81) entwickelte als erster das Modell der drei Analyseebenen. Zu Darstellungen der einzelnen Ebenen s. NABERS 2000 und MORAVCSIK 1993.

10 NABERS 2000:25.

11 MORAVCSIK 1993:6; ETÔ *et al.* 1981:67; EVANS 1993:397.

12 PUTNAM 1993:438; MORAVCSIK 1993:23.

hat, die des internationalen Sanktionsprozesses; so müssten sich die nationalen Entscheidungsträger „häufig gegenüber solchen Staaten und Institutionen legitimieren, mit denen sie in engen Interdependenzverhältnissen stünden“.<sup>13</sup>

Folglich steht auf internationaler Ebene die Druckausübung durch andere Staaten (auch durch nicht direkt von den Verhandlungen betroffene Drittstaaten); auf nationaler Ebene gilt es in einer Analyse staatlichen Handelns nun, die beeinflussenden Faktoren zu benennen und ihren Einfluss zu gewichten. Auf individueller Ebene steht die Frage, wer die politischen Entscheidungsträger sind, auf die internationale und nationale Druckverhältnisse einwirken. Im folgenden Abschnitt werden die den japanischen außenpolitischen Entscheidungsprozess beeinflussenden Faktoren und die Entscheidungsträger benannt.

## 2.2 Japan im Zwei-Ebenen-Ansatz

*De jure* ist das Kabinett, bestehend aus Premierminister als Vorsitzendem und Ministern, für die Formulierung der japanischen Außenpolitik zuständig, es muss sich jedoch vor dem demokratisch legitimierten Parlament verantworten. Aus dieser Konstellation ergibt sich eine Machtposition von Premierminister, Ministern und Faktionsführern im Parlament; außerdem bedingt sie einen gewissen Grad der Bedeutung der öffentlichen Meinung in emotionalisierten außenpolitischen Fragen und somit der Medien.<sup>14</sup> Für die Ausführung der außenpolitischen Zielsetzungen ist das Außenministerium (外務省 *gaimushô*) zuständig, außerdem hat dieses aufgrund seiner Expertise eine Beraterfunktion für die Politik inne. *De facto* spielen jedoch noch andere Akteure eine Rolle, darunter die Wirtschaft und weitere Bereiche der Bürokratie.<sup>15</sup> Der Einfluss des Außenministeriums ist in emotionalisierten Fragen von innenpolitischer Brisanz gering, derlei Entscheidungen werden von der Regierung getroffen.<sup>16</sup> Zudem steht es in ständiger Konkurrenz zum Finanzministerium (財務省 *zaimushô*) und zum Ministerium für Internationalen Handel und Industrie (MITI 通商産業省 *tsûchô sangyôshô*).<sup>17</sup> Im Falle der Taiwan- und China-Politik, die die Beziehungen zu Staaten betrifft, mit denen keine diplomatischen Beziehungen bestehen, ist für die Pflege der inoffiziellen Beziehungen nicht das Außenministerium zuständig. Mit stillschweigender Genehmigung der Regierung übernehmen nicht zum Kabinett gehörende Individuen und Gruppierungen aus Politik, Wirtschaft und privaten Interessenverbänden die Kontaktpflege.<sup>18</sup> Gerade im Bereich der Chi-

13 NABERS 2000: 38–39.

14 Das bedeutet nicht, dass die öffentliche Meinung unbedingt von der Politik übernommen und umgesetzt wird; sie beeinflusst dennoch Entscheidungsträger und das Timing von Entscheidungen z.B. vor Wahlen zur positiven Beeinflussung der Wählermeinung (ROSENAU 1976: 24–25; vgl. auch KATZENSTEIN/OKAWARA 1993: 110; HERMANN 1990: 7).

15 FUKUI 1977b: 22; IIRI 1987: 303; BAERWALD 1976: 141.

16 FUKUI 1977a: 8–9.

17 2001 geht das MITI im Rahmen einer Verwaltungsreform in neu gegründeten Ministerium für Wirtschaft, Handel und Industrie (METI 経済産業省) auf.

18 Vgl. JOHNSON 1986: 405.

na- und Taiwan-Politik übernehmen Wirtschaftsunternehmen und -verbände<sup>19</sup> in der Aufnahme und dem Ausbau von Beziehungen eine führende Rolle; in diesem Artikel liegt der Fokus auf der Haltung und den Politikempfehlungen von Keidanren, der besonders enge Beziehungen zur Politik pflegt.<sup>20</sup>

In der Benennung der Faktoren, die die Entscheidungsträger im Bereich der Außenpolitik in Japan beeinflussen, bietet sich eine Trennung nach Analyseebene, also nach individuellen, nationalen und internationalen Variablen an. Auf der individuellen Ebene steht die Wahrnehmung und Einschätzung der politischen Situation durch den Premierminister und seine Berater, aus der sich persönliche Prioritäten und Präferenzen in der Lösung von Problemen ergeben.<sup>21</sup> Im Streben nach dem persönlichen Machterhalt ist außerdem von Bedeutung, wie verbindlich eine angekündigte Linie in der Außenpolitik ist und welchen Stellenwert das Thema im innenpolitischen Machtkampf einnimmt.

Auf nationaler Ebene spielen die oben benannten Ministerien nicht nur als Akteure, sondern auch als beeinflussende Faktoren der Entscheidungsträger eine Rolle. Außerdem bereits genannt wurden öffentliche Meinung und Medien. Des Weiteren sind Ressourcen, soziale Normen und institutionelle Rahmenbedingungen nicht zu vernachlässigen.<sup>22</sup> Japan ist auf die Einfuhr von Ressourcen angewiesen, so dass die Sicherheit der Seewege in Asien für Japan essenziell ist und es somit ein besonders starkes Interesse an Frieden in der Region hat. Konsensbildung anstelle von Mehrheitswillen als Norm im politischen Entscheidungsprozess<sup>23</sup> beeinflusst Tempo und Inhalt der japanischen Außenpolitik. Unter die institutionellen Rahmenbedingungen fällt die japanische Verfassungsbesonderheit, Artikel Neun.<sup>24</sup> Dieser verneint zwar nach offizieller Auslegung nicht das Recht auf individuelle Selbstverteidigung, Japan lehnt die Ausübung seines Rechts auf Ausübung kollektiver Selbstverteidigung jedoch ab.<sup>25</sup> Der sog. Kriegsverzichtsartikel bildet die rechtliche Grundlage für den

---

19 Darunter Keidanren (経団連 Verband der japanischen Wirtschaftsorganisationen), Nisshō (日商 Japanische Industrie und Handelskammer), Nikkeiren (日経連 Arbeitgeberverband) und Keizai dōyūkai (経済同友会 Komitee für wirtschaftliche Entwicklung). Im Jahr 2002 fusionierten Keidanren und Nikkeiren zum neuen Wirtschaftsverband Keidanren (Japan Business Federation).

20 Zur Bedeutung von Keidanren für die japanische Politik s. TANAKA 2000: 13–14.

21 SPROUT/SPROUT 1957: 311, 318.

22 KEVENHÖRSTER 2003: 28, 35, 402.

23 Vgl. hierzu KATZENSTEIN 1996: 31; HELLMANN 1974: 168.

24 In ihm „verzichtet das japanische Volk für alle Zeiten auf den Krieg als souveränes Recht der Nation und die Androhung oder Ausübung von militärischer Gewalt als ein Mittel zur Regelung internationaler Streitigkeiten. [...] Land-, See-, und Luftstreitkräfte“ werden nicht unterhalten. „Ein Kriegsführungsrecht wird nicht anerkannt“ (Übersetzung von RÖHL 1963: 98).

25 Individuelle Verteidigung ist als das Recht eines Staates definiert, sich bei Vorliegen eines Angriffs auf das eigene Territorium zu verteidigen. Kollektive Verteidigung bezeichnet hingegen das „Recht auf Anwendung von Gewalt zur Verhinderung oder Abwehr eines bewaffneten Angriffs auf ein Land, mit dem enge Beziehungen unterhalten werden, auch dann, wenn das eigene Land nicht das direkte Ziel eines militärischen Angriffs ist.“ (Die japani-

japanischen Pazifismus, der neben der Zentralität der USA und der Vereinten Nationen (VN) sowie ausgeprägter Wirtschaftspolitik als Prinzip der japanischen Außenpolitik gilt.<sup>26</sup> Tatsächlich bildet Artikel Neun die Grundlage für die weiteren Prinzipien. Durch die weitgehende Beschränkung militärischer Mittel ist Japan auf die VN und die Sicherheitsgarantie der USA angewiesen. Aus der sicherheitspolitischen Abhängigkeit folgt eine enge Bindung in außenpolitischen Fragen an die USA; demnach verfolgt Japan seine Interessen in dem von den USA gesteckten Rahmen hauptsächlich durch den Einsatz von wirtschaftlichen Mitteln,<sup>27</sup> wie z. B. im Umgang mit kommunistischen Staaten durch *seikei bunri* 政経分離, die Trennung von Wirtschaft und Politik im Feld der internationalen Beziehungen.<sup>28</sup>

Auf internationaler Ebene steht, wie soeben angedeutet, das weltweite Großmachtgefüge,<sup>29</sup> im untersuchten Zeitabschnitt also die bipolare Weltordnung und die Zuordnung des einzelnen Staates zu einem der beiden Lager des Kalten Krieges. Außerdem ist die politische Situation in Ostasien zu beachten, ebenso wie die Haltungen der beteiligten Staaten VR und Republik China. Japan, das sich in einem Interdependenzverhältnis mit den USA befindet, muss zusätzlich die Haltung des engsten Bündnispartners beachten.

Die Analyse der japanischen Taiwan-Politik untersucht die japanischen Entscheidungsprozesse und berücksichtigt dabei die Haltung des internationalen Umfelds, also der USA, der VR und der Republik China ebenso wie der VN, die nationale Situation, also Stimmen aus der Öffentlichkeit, aus Politik, Bürokratie und Wirtschaft, und stellt die Premierminister und Berater in den Mittelpunkt der Analyse.

Im nächsten Abschnitt soll jedoch zunächst die Debatte um Japan als „normaler“ Staat dargestellt werden, um in den thematischen Kontext zur Fallstudie einzuführen.

### 3. Japan – eine außenpolitische „Anomalie“?

Der Anstoß zur breit geführten Debatte um Japan als ein „normaler“ Staat in den 1990er Jahren stammt von Ozawa Ichirō.<sup>30</sup> Dessen Vision für eine neue japanische Ordnung, die er in „Blueprint for a New Japan“ (*Nihon kaizō keikaku*) schriftlich festhält, erhält deshalb so viel Aufmerksamkeit, weil Japans Verhalten im Zweiten Golfkrieg von 1990/91 viel nationale und internationale Kritik auf sich zieht. Japan unterstützt den Bündnispartner USA im Irak nicht personell, sondern mit erheblichen finanziellen Mitteln, wodurch es sich dem Vor-

---

sche Verteidigungsbehörde (防衛庁 *bōeichō*), das heutige Verteidigungsministerium (防衛省 *bōeishō*), zitiert in: NABERS 2000: 1).

26 Vgl. COONEY 2007: 69, 85; GREEN 2001: 4–6; GREEN/SAMUELS 1994: 14, 16.

27 SCALAPINO 1977: 409.

28 EDSTRÖM 1999: 173–174.

29 ROSENAU 1976: 16–21.

30 GLOSSERMAN 2007: 1; KATSUMATA/LI 2008; SAMUELS 2007: 138.

wurf der Scheckbuchdiplomatie (金権外交 *kinken gaikô*) ausgesetzt sieht. Ozawas Definition einer „normalen“ Nation bezieht sich auf außenpolitische Eigenständigkeit, Transparenz und eine Führungsrolle, die es in Zusammenarbeit mit den USA und Europa einnehmen sollte. Darunter fallen die Übernahme auch militärischer internationaler Verantwortung, Resistenz gegenüber auswärtigem Druck und die klare Vermittlung japanischer außenpolitischer Ziele gegenüber dem japanischen Volk und auch gegenüber der internationalen Gemeinschaft.<sup>31</sup> Transparenz werde die Bedenken von Japans Nachbarn, die einer Remilitarisierung und auch einer Führungsrolle Japans aus historischen Gründen ablehnend gegenüber stehen, zerstreuen, so Ozawas Argumentation.<sup>32</sup> Auch treffe Japan eine internationale Verantwortung, nach dem Zusammenbruch des Systems des Kalten Krieges eine neue Weltordnung mit Europa und den USA zu errichten.<sup>33</sup>

In den Folgejahren entwickelt sich die Definition eines „normalen“ Staates in verschiedenste Richtungen.<sup>34</sup> Häufig gehen Veröffentlichungen einseitig von einer sicherheitspolitischen Normalisierung aus,<sup>35</sup> andere definieren „Normalität“ als die Fähigkeit, eigene außenpolitische Interessen, andere als die des Bündnispartners, zu verfolgen.<sup>36</sup> Der gemeinsame Tenor ist, dass es Japan an etwas fehlt, ob dies nun speziell sicherheits- oder allgemein außenpolitisch, als Mangel an Handlungsoptionen oder an Handlungsbereitschaft definiert ist. Im Zentrum des Problems stehen die rechtliche Ausgestaltung des japanischen Pazifismus, Artikel Neun der japanischen Verfassung, und die daraus folgende sicherheitspolitische Bindung an die USA. Auch Japans Nachbarn und die japanische Bevölkerung werden als Hindernisse für einen Politikwechsel angesehen, da sie jegliche eigenmächtige Ausweitung einer japanischen militärischen Rolle argwöhnisch beobachten und ablehnen. Lösungsvorschläge setzen häufig bei Artikel Neun an, der als Türöffner weiterer Möglichkeiten und Herangehensweisen betrachtet wird. Japan könnte sich nach einer Verfassungsänderung in ein System kollektiver Sicherheit auf Basis der VN oder in regionale Bündnisse einbringen, oder das Recht auf kollektive Selbstverteidigung im Bündnis mit den USA ausüben.<sup>37</sup> Der meist verbreitete Ansatz ist der eines Ausbaus der japanischen Rolle in regionalen Bündnissen in Kombination mit der Fortführung enger Kooperation mit den USA.<sup>38</sup>

---

31 OZAWA 1994:94–98.

32 OZAWA 1994:97–98.

33 OZAWA 1994:132–133.

34 TANAKA 2008:1.

35 OSIUS 2002:xiii, 66; SAMUELS 2007:128; DIFILIPPO 2002:19; SINGH 2002:85; MORADA 2007:1.

36 COONEY 2002:7.

37 MOCHIZUKI 1997:57; DIFILIPPO 2002:19; MENDEL 1995:153–159.

38 TANAKA 2008:3. Die wenigsten sehen eine völlige Lossagung von den USA vor, da dieses den Verlust des amerikanischen nuklearen Schutzschildes nach sich zöge und die innerjapanische Opposition gegen eigene Nuklearwaffen zu stark sei. In Anbetracht der geographi-

Zwar ist der Begriff des „normalen“ Staats mit Ozawa verbunden, inhaltlich sind seine Forderungen jedoch nicht neu. Forderungen nach außenpolitischer Eigenständigkeit und stärkerer Resistenz gegenüber amerikanischem Druck lassen sich bis in die unmittelbare Nachkriegszeit verfolgen,<sup>39</sup> eine Ausweitung der japanischen sicherheitspolitischen Rolle wird in den 1970er Jahren zum Thema. Der damalige Leiter der Verteidigungsbehörde und spätere Premierminister Nakasone Yasuhiro fordert nach Nixons Ankündigung einer Reduzierung der amerikanischen Militärpräsenz in Asien (Nixon-Doktrin) einen Ausbau der japanischen Verteidigungsmöglichkeiten.<sup>40</sup>

Aus der sicherheitspolitischen Abhängigkeit mit den USA folgt, dass mit einer eingeschränkten Auffassung von außenpolitischer Autonomie zu arbeiten ist. Die Analyse nimmt Bezug auf die Definition von Soeya, der sie als den japanischen Wunsch formuliert, Außenpolitik frei von internationalen strategischen Geboten zu formulieren, darunter amerikanische geo- und militärstrategische Überlegungen.<sup>41</sup> Die Abhängigkeit gebietet jedoch enge Abstimmung mit dem Bündnispartner, und Eigenständigkeit ist nur in Bereichen möglich, die den Interessen des Sicherheit gewährenden Staates nicht zuwiderlaufen.<sup>42</sup>

#### 4. Die politische Situation in Ostasien bis 1969

Nach der japanischen Kapitulation im August 1945 verpflichtet sich Japan zur Rückgabe seiner Kolonien, darunter auch Taiwan, über das es seit 1895 regiert hatte. Japan steht in den Folgejahren bis 1951/52, als es mit dem Großteil seiner Kriegsgegner einen Friedensvertrag abschließt, unter alliierter, faktisch unter amerikanischer, Besatzung. Die enge Bindung an die USA setzt sich auch nach der Besatzungszeit fort, so erhalten die USA u. a. das Recht, Militärbasen auf japanischem Territorium zu unterhalten.<sup>43</sup> Dieses System dient mehreren Zielen: Für Japan ergibt sich u. a. der Vorteil, dass es sich Anfang der 1950er Jahre auf seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau konzentrieren kann, ohne in eigene militärische Streitkräfte zu investieren (Yoshida-Doktrin); die japanischen Nachbarn müssen daher keine Aufrüstung oder ein Wiedererwachen der japanischen Expansionsbestrebungen fürchten.<sup>44</sup> Die USA sichern sich durch die ständige Präsenz in Asien schnelle militärische Einsatzmöglichkeiten und politischen Einfluss; die Unterstützung Japans dient der Schaffung eines Boll-

---

schen Nähe zu den Nuklearmächten VR China und Nordkorea gilt ein Verlust des Schutzes als zu riskant.

39 Vgl. SOEYA 1993:95; 1998:1, 6.

40 GREEN 1995:55.

41 SOEYA 1998:163; 2002:219.

42 SOEYA 1998:12.

43 Dieses Recht wird den USA im Rahmen des Sicherheitsvertrages und seiner Neuauflage, dem Vertrag über Zusammenarbeit und Sicherheit von 1960, eingeräumt.

44 MAULL 2002:257; 1999:293; SINGH 2002:94.

werks gegen den asiatischen Kommunismus,<sup>45</sup> daher unterstützen die USA auch den wirtschaftlichen Wiederaufbau.

Der Kriegsgegner China ist nicht zu den Friedensverhandlungen von San Francisco eingeladen. Das liegt daran, dass international und besonders zwischen Japans Besatzern Großbritannien und den USA umstritten ist, ob man die 1949 von Mao Zedong gegründete VR China oder die Republik China, deren Regierung unter Chiang Kai-shek sich im Bürgerkrieg auf die Insel Taiwan zurückgezogen hatte, anerkennen solle. Die Zugehörigkeit Taiwans zu China ist zu diesem Zeitpunkt unter den Bürgerkriegsparteien unumstritten;<sup>46</sup> eine Analyse der Beziehungen zur einen Regierung kann demzufolge nie ohne die Berücksichtigung des Verhältnisses zur anderen auskommen, ebenso wie die Beziehungen der VR China, der Republik China und Japans zu den USA nicht unberücksichtigt bleiben dürfen.<sup>47</sup> Der japanische Premierminister Yoshida Shigeru befürwortet Beziehungen zur VR China, da man sich höheren Profit aus dem Handel verspricht, die antikommunistisch eingestellte amerikanische Führung lehnt dies jedoch strikt ab. Dass Japan letztlich einen separaten Friedensvertrag mit der Republik China unterzeichnet, liegt also zum einen an der Haltung der USA, zum anderen an der taiwanischen Drohung, in den VN gegen den Beitritt Japans zu stimmen, und der offen antijapanischen Haltung der VR China, die sich im Freundschaftsvertrag zwischen dieser und der Sowjetunion (SU) von 1950 niederschlägt.<sup>48</sup> Die folgenden Jahre sind auch in Ostasien von Auseinandersetzungen im Zuge des Kalten Krieges geprägt: Die Republiken China und Korea sowie Japan stehen auf Seiten der USA den Volksrepubliken China und Korea gegenüber. Mitunter entwickelt sich der Kalte Krieg zu einem heißen, wie im Korea-Krieg oder beinahe in den Taiwan-Krisen 1954/55 und 1958. Die steigende kommunistische Bedrohung in Ostasien führt zu verstärktem amerikanischen Engagement für die Republik China und einer Politik der Vermeidung von japanischer Abhängigkeit von Exporten aus kommunistischen Ländern. Dennoch und auch trotz ertragreicher Handelsbeziehungen zur Republik China bemüht sich Japan um von politischen Beziehungen getrennten Handelsbeziehungen zur VR China. Der amerikanische Botschafter John M. Allison sieht in der Trennung von Politik und Wirtschaft (*seikei bunri*) den japanischen Versuch einer Zwei-Chinas-Politik, die sowohl von beiden chinesischen Regierungen als auch den USA abgelehnt wird.<sup>49</sup>

Das japanische Streben nach Handelsbeziehungen zur VR China findet in einem dreiseitigen Druckgeflecht statt: Als grundlegende Voraussetzung müssen die USA Handelsbeziehungen zunächst tolerieren, Taiwan reagiert mit der

---

45 HURST 1997:70.

46 MENDEL 1978:8.

47 YOSHIDA 1997:367.

48 Die USA machen außerdem einen amerikanisch-japanischen Friedensvertrag vom Abschluss eines solchen mit der Republik China abhängig (OCHI 1982:62; MENDEL 1978:12, 16).

49 ALLISON 1953:1495–1496; COHEN 1989:51; MENDEL 1978:199.

Androhung von Sanktionen bei einer Ausweitung japanisch-chinesischer Handelsbeziehungen, während die VR China die japanischen Reaktionen auf taiwanischen Druck genau beobachtet.<sup>50</sup> Der Eindruck verfestigt sich, dass gute Beziehungen zu den USA und Handelsbeziehungen mit der VR China, die für japanischen Wohlstand und Sicherheit als existenziell gelten, inkompatibel seien. Die China-Frage wird in der Folge zu einem Mittel der Abgrenzung von den USA, natürlich nur in dem Rahmen, dass die Sicherheit des japanischen Territoriums weiterhin gewährleistet ist; sie wird zu einer Frage des japanischen Nationalismus, zu einem politischen Bereich, in dem ein wenn auch geringes Maß an Unabhängigkeit erreichbar scheint,<sup>51</sup> ebenso wie zu einem Mittel der innenpolitischen Profilierung. Der China-Handel wird zu einem klassischen Spannungsfeld zwischen dem prochinesischen MITI und dem Außenministerium, das auf gute Beziehungen zur anerkannten Republik China bedacht ist. Innerhalb der Ministerien und auch innerhalb der LDP bilden sich faktionsübergreifende prochinesische und protaiwanische Gruppierungen, ca. die Hälfte aller Parlamentarier der LDP ist darin Mitglied.<sup>52</sup> Die VR und die Republik China nutzen ihre Kontakte zu diesen Gruppierungen, um Einfluss auf die japanische Politik auszuüben.<sup>53</sup>

Das erste japanisch-chinesische Handelsabkommen vom 1. Juni 1952 ist privater Natur und wird stillschweigend vom Kabinett Yoshida gebilligt,<sup>54</sup> die nächsten beiden Abkommen vom 29. Oktober 1953 und 4. Mai 1955 erhalten Unterstützung aus der Politik. Die VR China stellt in beiden letzteren auch politische Forderungen, die jedoch an mangelnder Unterstützung im japanischen Kabinett und am amerikanischen Druck scheitern.<sup>55</sup> Der japanische Umgang mit der VR China zieht Kritik aus der Republik China auf sich, so dass der als protaiwanisch eingestellt geltende Premierminister Kishi Nobusuke 1957 nach Taiwan reist, um die Wogen zu glätten. In der Folge scheitern 1958 Verhandlungen mit der VR China über ein weiteres Handelsabkommen, in dem

---

50 SOEYA 1998:55.

51 COHEN 1989: 44.

52 ZHAO 1999:96–97; MENDEL 1995:35. Beispielhaft seien hier das 1956 gegründete und von Kishi Nobusuke geleitete Komitee für Kooperation zwischen Japan und der Republik China (日華協力委員会 Nikka kyōryoku iinkai) und das Forschungsgremium zu Angelegenheiten Asiens (アジア問題研究会 Ajia mondai kenkyūkai) auf protaiwanischer Seite genannt. Auf prochinesischer Seite findet sich das Forschungsgremium zu Asien-Afrika-Angelegenheiten (アジア-アフリカ問題研究会 Ajia-Afurika mondai kenkyūkai); außerdem unterhielt die VR China enge Beziehungen zur Sozialistischen Partei Japans (ZHAO 1999:95–96). Die Beziehungen zwischen der Kommunistischen Partei Japans (KPJ) und der VR China brechen 1966 nach einer Meinungsverschiedenheit zwischen Mao Zedong und dem Parteivorsitzenden der KPJ Miyamoto Kenji ab (ARCHIV DER GEGENWART 2.3.1972: 16939).

53 JOHNSON 1986:405.

54 LEE 1984:2.

55 HOSOYA 1989:23; LEE 1984:2–4; SOEYA 1998:38.

der VR China weitgehende politische Rechte eingeräumt werden sollen,<sup>56</sup> nachdem die Republik China mit einem Boykott droht. Japan lenkt ein, was wiederum zu einem Boykott der Wirtschaftskontakte durch die VR China führt; die VR China verschärft in dieser Zeit ihre Vorwürfe eines wieder erstarkenden japanischen Militarismus.<sup>57</sup> Erst nach einem Wechsel des Premierministers zu Ikeda Hayato, dessen Maxime die Verdopplung der Einkommen (所得倍增 *sho-toku baizô*) ist, beendet die VR China ihren Boykott; dies liegt u. a. an ihren Differenzen mit der SU, die sie zum Ausbau ihrer Handelspartner zwingt. 1960 wird der „Freundschaftshandel“ (Handel mit der VR China freundlich gesinnten japanischen Firmen), 1962 der Liao-Takasaki (LT)-Handel begründet, die die Handelsbeziehungen institutionalisieren.<sup>58</sup> Bis Mitte der 1960er Jahre weiten sich die japanisch-chinesischen Handelsbeziehungen aus, was von der Republik China zumeist geduldet wird; allerdings reagiert sie auf Versuche Japans, Handelsbeziehungen mit der VR auf anderer als privater Ebene zu errichten, mit Sanktionen. Die USA fürchten einen Bruch in der antikommunistischen Allianz und mahnen deswegen Japan und Taiwan zur Mäßigung. Ende der 1960er Jahre verschlechtern sich die japanisch-chinesischen Beziehungen aufgrund der Kulturrevolution in China wegen verschiedener Konflikte im Handelsbereich und weil Premierminister Satô Eisaku sich um eine Normalisierung der Beziehungen zur Republik Korea bemüht, 1967 die Republik China besucht und mit den USA über die Rückgabe Okinawas verhandelt.<sup>59</sup>

Zusammenfassend betreibt Japan eine sehr ertragreiche, aber gewagte Zwei-Chinas-Politik. Durch inoffizielle Kanäle werden Handelsbeziehungen zur VR China aufgenommen, es verfolgt erfolgreich seine wirtschaftlichen Interessen in dem Dreieck aus USA, VR und Republik China, während es weiterhin unter dem Schutz der USA steht. Durch die Verschiedenheit der Kanäle der Beziehungen zur VR China und ihren inoffiziellen Charakter erweisen sich die Handelsbeziehungen trotz Anfeindungen der festlandchinesischen Führung als stabil. Die Sanktionen, die die Republik China gegen Japan verhängt, sind entweder von kurzer Dauer, oder ihre Folgen werden durch den Handel mit der VR China ausgeglichen. Die Situation enthält viel Konfliktpotenzial, da die VR China inkrementell testet, inwieweit sie die japanische Politik beeinflussen kann, und der wirtschaftliche Aufschwung Japans in der japanischen Politik zu Forderun-

---

56 Darunter halbdiplomatische Privilegien für Handelsvertreter sowie die Zielsetzung, auf ein zwischenstaatliches Regierungsabkommen hinzuarbeiten (LEE 1984:4; SOEYA 1998:38).

57 LEE 1984:4–5; SOEYA 1998:38.

58 Firmen, die unter dem Freundschaftshandel agieren, sind zumeist extra zu diesem Zweck gegründete Tochterfirmen japanischer Unternehmen. Zhou Enlai und der prochinesische LDP-Politiker Matsumura Kenzô beschließen 1962, langfristige Handelsvereinbarungen zu nutzen, um schrittweise eine Normalisierung der japanisch-chinesischen Beziehungen zu verwirklichen. Liao Chengzhi und Takasaki Tatsunosuke sind die Verhandlungsführer (LEE 1984:5). Dem LT-Handel liegen Memoranden zugrunde, die jährlich neu verhandelt werden.

59 SOEYA 1998:58; OCHI 1982:80, 84.

gen nach mehr Selbstvertrauen auch in außenpolitischen Fragen und im Umgang mit den USA führt.

## **5. Die japanische Taiwan-Politik: 1969–1978**

Im Folgenden wird die japanische Taiwan-Politik von 1969 bis 1978 dargestellt. Im Fokus stehen dabei die Premierminister Satô Eisaku, Tanaka Kakuei, Miki Takeo und Fukuda Takeo, welche unter dem Einfluss internationaler und nationaler Druckverhältnisse stehen. Die relevanten Eckdaten in diesem Zeitabschnitt sind der erste und der zweite Nixon-Schock vom 15. Juli und 15. August 1971, die Übernahme des chinesischen Sitzes in den VN von der Republik China durch die VR China im Oktober 1971, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der VR China und Japan, der Bruch mit der Republik China 1972 und der Abschluss eines Friedens- und Freundschaftsvertrags mit der Volksrepublik 1978. Außerdem sind diese Jahre durch Spannungen im wirtschaftlichen Bereich zwischen Japan und den USA gekennzeichnet; mit der Republik China baut Japan gute semioffizielle Beziehungen auf.

### **5.1 Faktoren auf internationaler Ebene**

In einer Analyse der beeinflussenden Faktoren auf internationaler Ebene spielen das globale und regionale Großmachtgefüge, die Haltung der VN, Haltung und Handlungsanweisungen der USA, die Verhandlungsbereitschaft der VR China und die Druckausübung seitens der Republik China eine Rolle.

#### **5.1.1 Großmachtgefüge und die VN**

Die Annäherung der USA an die Volksrepublik China bezeichnet den Anfang einer Verschiebung weg von einer starr bipolar ausgerichteten Weltordnung hin zu einer multipolaren. Auch die zeitweise amerikanische Entspannungspolitik gegenüber der SU (SALT und SALT II) öffnet Türen für Japan, die Konkurrenz zwischen der SU und der VR China führt zu größerer Verhandlungsbereitschaft der kommunistischen Staaten. Die VN stimmen im Oktober 1971 für eine Übernahme des chinesischen Sitzes durch die VR China; zu einer Abstimmung über die von den USA und Japan eingebrachte Doppelvertretungsresolution kommt es nicht. Die Republik China ist folglich nicht mehr in den VN vertreten.

#### **5.1.2 USA**

Die Nixon-Doktrin, die Ankündigung eines verringerten militärischen Engagements der USA in Asien, ist zwar für Japan insofern positiv, als dass es von der 1969 beschlossenen Rückgabe Okinawas profitiert, andererseits fürchtet es um die Verlässlichkeit der amerikanischen Verteidigungsverpflichtung. Diese Zweifel an der amerikanischen Verlässlichkeit verstärken sich durch die Nixon-Schocks des Sommers 1971 deutlich. Am 15. Juli 1971 kündigt US-Präsident Nixon an, dass er die Einladung Zhou Enlais in die VR China annehmen wolle. Den japanischen Bündnispartner, dem man zuvor enge Absprache in der China-Frage zugesichert hatte, ließen die USA erst wenige Minuten vor der Ausstrah-

lung der Ankündigung im amerikanischen Fernsehen darüber informieren.<sup>60</sup> Am 15. August 1971 wird das japanische Vertrauen durch den zweiten Nixon-Schock, die Ankündigung einer „Neuen Wirtschaftspolitik“ Nixons, erneut erschüttert. Diese erhebt Einfuhrgebühren, begrenzt den Umtausch von Dollar in Gold und übt Druck auf Japan aus, den Yen aufzuwerten. Dem waren zahlreiche Aufforderungen gegenüber Japan vorausgegangen, das Handelsdefizit zwischen den USA und Japan zu verringern.

In der Taiwan-Frage hält Nixon zumindest der Form halber weiterhin an einer taiwanischen Vertretung in den VN fest und drängt Japan trotz diverser wirtschaftlicher und politischer Spannungen zum Mittragen der amerikanischen Resolutionen. In der Ära Tanaka, der Satō am 7. Juli 1972 im Amt des Premierministers beerbt, nehmen die USA weiterhin eine prochinesische und eine protaiwanische Haltung ein. Auch akzeptieren sie die schnelle Normalisierung der chinesisch-japanischen Beziehungen unter Tanaka.<sup>61</sup> Weitere eigenmächtige Entscheidungen Tanakas in der Außenpolitik und vor allem in den Wirtschaftsbeziehungen prägen die japanisch-amerikanischen Beziehungen. Die Folgen der Ölkrise führen dazu, dass Japan aus Angst vor wirtschaftlichen Verlusten in alte von den USA verurteilte Verhaltensmuster wie Protektionismus zurückfällt.<sup>62</sup> Der Watergate-Skandal führt zu Nixons Rücktritt im August 1974, Gerald Ford übernimmt sein Amt und kündigt Kontinuität in der amerikanischen Außenpolitik an. Erst unter US-Präsident Jimmy Carter ändern sich die amerikanische Haltung in der Taiwan-Frage und der Umgang innerhalb der japanisch-amerikanischen Sicherheitspartnerschaft. Carter normalisiert die Beziehungen zur VR China 1978 zunächst unter Aufgabe eines klaren Bekenntnisses zum weiteren Schutz der Republik China, was aber 1979 durch den Taiwan Relations Act berichtigt wird. Carter bespricht diesen Schritt hin zur VR China mit Japan und unterstützt (aus eigenen geostrategischen Interessen) offen den Abschluss des Friedens- und Freundschaftsvertrags zwischen Japan und der VR China.<sup>63</sup>

Die amerikanische Haltung in der Taiwan-Frage wandelt sich also von 1969 bis 1979 von einem klaren Bekenntnis zu Taiwan über diplomatische Beziehungen zu beiden Chinas hin zu einem klaren Bekenntnis zur VR China, das jedoch um den Taiwan Relations Act, also weitere Zusicherung militärischer Kooperation, erweitert wird. Das japanische Wirtschaftswachstum führt zu Unstimmigkeiten in den japanisch-amerikanischen Beziehungen. Die politischen Beziehungen verbessern sich anders als die Wirtschaftsbeziehungen nach den Nixon-Schocks jedoch stetig. Dies zeigt sich besonders im Umgang mit Japan in der Taiwan-Frage: Keinerlei Absprache und Druckausübung unter Nixon entwickeln sich zunächst zu Indifferenz, solange Japan nicht eklatant

---

60 SOEYA 1998: 110; KISHIMOTO 1983: 257; IJIRI 1987: 75–76; OGATA 1988: 37.

61 LEE/SATO 1982: 63.

62 Das Handelsdefizit weitet sich Ende des Jahres 1974 auf über 1,69 Milliarden US-Dollar aus (WELFIELD 1988: 330).

63 KAMIYA 2002: 66.

gegen amerikanische Interessen verstößt, und schließlich hin zu Kooperation, auch wenn bei weitem nicht von Verhandlungen auf Augenhöhe zu reden ist.

### 5.1.3 VR China

Nach dem Eintritt der VR China in die VN ergießt sich eine Welle der Anerkennung über die kommunistische Regierung.<sup>64</sup> Die VR China lehnt Gesprächsangebote des japanischen Premierministers Satô wiederholt kategorisch ab. Gleichzeitig beginnt sie eine Kampagne der Einladungsdiplomatie, um Unterstützung aus der japanischen Wirtschaft und politischen Gruppierungen zu erhalten und hofft so, Satôs Führung und Machtbasis zu untergraben und letztlich einen Machtwechsel zu unterstützen.<sup>65</sup> Sie betont, sie stünde Verhandlungen mit Japan unter der Führung eines anderen Premierministers offen gegenüber. Als Verhandlungsgrundlage nennt Zhou die „Drei Prinzipien“: die Anerkennung der VR China als einzige zur Vertretung des chinesischen Volkes legitimierte Regierung, die Anerkennung Taiwans als Provinz der Volksrepublik und die Anerkennung der Ungültigkeit des japanisch-nationalchinesischen Friedensvertrages.<sup>66</sup> Nach dem Premierministerwechsel zu Tanaka beginnt eine chinesische Charmeoﬀensive, die Kritik am wieder erstarkenden japanischen Militarismus wird durch eine Freundschaftskampagne abgelöst; Zhou zeigt sich in den Verhandlungen zum Zhou-Tanaka-Communiqué zur Normalisierung in einigen Bereichen verhandlungsbereit. Zhou akzeptiert, dass Japan lediglich seine Anerkennung der chinesischen Haltung formuliert, dass Taiwan Teil der VR China sei. Auch das Fehlen einer japanischen Erklärung des Friedensvertrages mit der Republik China als nichtig führt nicht zum Scheitern der Verhandlungen.<sup>67</sup> Reparationszahlungen finden sich auch nicht im Vertragstext. Im Gegenzug akzeptiert Japan die „Antihegemonieklausel“, die sich implizit gegen die SU, explizit gegen das Streben einer Nation nach einer Vormachtstellung in Asien richtet.<sup>68</sup> 1973 tauschen die VR China und Japan Botschafter aus. Zhou toleriert zunächst wirtschaftliche Beziehungen zwischen der Republik China und Japan; allerdings testet die VR China in einigen Bereichen, inwiefern es

---

64 Aktuell pflegen nur 23 Staaten diplomatische Beziehungen zur Republik China (hauptsächlich mittelamerikanische und afrikanische Staaten).

65 OGATA 1988: 15; OCHI 1982: 92.

66 IJIRI 1987: 65; KISHIMOTO 1983: 290.

67 Japan steht auf dem Standpunkt, dass durch den Friedensvertrag mit der Republik China der Kriegszustand mit Gesamtchina beendet sei. Nach dem Abschluss des Communiqués erklärt Außenminister Ôhira Masayoshi, dass der Friedensvertrag „ende“ (KIJIMA 2004: 8; SOEYA 1998: 111). Sowohl die „Anerkennung“ der chinesischen Haltung bezüglich der Zugehörigkeit Taiwans zu China als auch die Antihegemonieklausel finden sich auch im zuvor geschlossenen Shanghai-Communiqué zwischen Nixon und Zhou; Japan folgt also augenscheinlich dem amerikanischen Vorbild, zumindest beeinflussen die amerikanisch-chinesischen Verhandlungen die chinesische Kompromissbereitschaft.

68 SOEYA 1998: 111–112.

die Beziehungen zwischen Japan und der Republik China stören kann.<sup>69</sup> 1974 einigen sich die VR China und Japan auf den Beginn von Verhandlungen über den Abschluss eines Friedens- und Freundschaftsvertrags. Der Tod Maos und Zhous 1976 und die darauffolgenden Machtkämpfe in China verzögern die Verhandlungen. Der Friedens- und Freundschaftsvertrag von 1978 enthält inhaltlich wenig Neues, verstärkt jedoch die japanische Einbindung in die antisowjetische Strategie der VR China. Die wirtschaftlichen Beziehungen entwickeln sich positiv; 1978 beträgt das Handelsvolumen das Fünffache des Volumens von 1972.<sup>70</sup>

#### 5.1.4 Republik China

Die Republik China auf Taiwan unterhält in der Ära Satô gute politische und wirtschaftliche Beziehungen zu Japan, sie pflegt enge Kontakte zu den protaiwanischen Gruppierungen im japanischen Parlament. Die Ankündigung Nixons, eine Einladung nach Peking anzunehmen, sowie die Annahme der albanischen Resolution in den VN zum Eintritt der VR China führen zu internationaler Isolation Taiwans. Satôs protaiwanische Haltung und das Festhalten an den Beziehungen zu Taiwan, die tatsächlich gegen Ende seiner Amtszeit vor allem durch die ablehnende Haltung der VR China zu Verhandlungen bedingt werden, stehen in starkem Kontrast zu Satôs Nachfolger Tanaka. Dieser tritt sein Amt mit dem klaren Mandat an, die Beziehungen zur VR China zu normalisieren. Folglich verschärft die Republik China den direkten Druck auf die Regierung Tanaka und nutzt gleichzeitig ihre Verbindungen zu den protaiwanischen Gruppierungen, um durch diese indirekten Druck auszuüben. Taiwan reduziert das Handelsvolumen mit Japan und ruft ein Treffen zur Stärkung von Kriegsvorbereitungen ein,<sup>71</sup> allerdings ist ein Militärschlag Taiwans ohne amerikanische Zustimmung unmöglich, so dass Tanaka dieser Entwicklung nicht viel Bedeutung beimisst. Nach dem Abschluss der Normalisierung der japanisch-chinesischen Beziehungen erklärt das taiwanische Außenministerium um Mitternacht am 29. September 1972 den Bruch der Beziehungen zu Japan.<sup>72</sup> Kurz darauf nehmen die beiden Nationen jedoch wieder semioffizielle<sup>73</sup> Beziehungen auf und stärken so den wirtschaftlichen und kulturellen Austausch. Die

---

69 Dazu gehört der Luftfahrtstreit. Die VR China lehnte es in den Verhandlungen zu einem Abkommen über Direktflüge ab, Flughäfen, auf denen nationalchinesische Flugzeuge stünden, anzufliegen. Das gleichzeitige Parken Flagge tragender Flugzeuge aus der Republik und der VR China verdeutliche die japanische Zwei-Chinas-Politik. Japan lenkt ein, was zu einem Abbruch der japanisch-taiwanischen Flugverbindungen führt; weitere Forderungen Chinas, z.B. auch im Seeverkehr, weist Japan aufgrund der Abhängigkeit von Seehandelsrouten für die japanische Wirtschaft entschieden zurück (ROWE 1975:32, 37–38, 68).

70 WELFIELD 1988:334; SOEYA 1998:143.

71 WELFIELD 1988:318; HSIAO 1974:170; WEGGEL 1991:228.

72 IJIRI 1987:293–294.

73 Der semioffizielle Charakter ergibt sich daraus, dass die japanische Agentur, die mit der Pflege der Beziehungen betraut ist, komplett staatlich finanziert ist (LEE 1984:11).

Luftfahrtkrise, in der Japan der Republik China ihre Staatlichkeit abspricht, führt jedoch zu ernsthaften Verstimmungen Taiwans, die erst nach einem Premierministerwechsel durch eine Entschuldigung Japans abklingen. Die inoffiziellen Beziehungen entwickeln sich seither positiv, Japan stellt weiterhin den wichtigsten Handelspartner Taiwans in Asien dar.

## 5.2 Faktoren auf nationaler Ebene

Die relevanten Faktoren für die Premierminister auf nationaler Ebene sind Stimmen aus der Öffentlichkeit, aus Medien, Politik (das schließt Stimmen innerhalb der Regierungspartei und auch aus der Opposition mit ein), aus Bürokratie und Wirtschaft.

### 5.2.1 Öffentliche Meinung und Medien

Die japanische Bevölkerung sieht bereits zu Beginn der diplomatischen Beziehungen zur Republik China in den 1950er Jahren die VR China als das „echte“ China an,<sup>74</sup> schließlich beherrscht die kommunistische Regierung Festlandchina, also den deutlich überwiegenden Teil des chinesischen Territoriums. Die Bevölkerung lehnt Beziehungen zur VR China nie in gleichem Maße wie die Politik ab, auch wenn das Bild Chinas in den 1960er Jahren als Folge der Kulturrevolution negativ geprägt ist. Der Großteil der Bevölkerung befürwortet eine Anerkennung oder eine Annäherung, allerdings sind nur zehn Prozent bereit, dafür einen Bruch mit der Republik China hinzunehmen. Dieses Bild ändert sich durch den ersten Nixon-Schock oder auch den Eintritt der VR China in die VN nicht wesentlich.<sup>75</sup> Die Entwicklungen in der amerikanischen China-Politik beeinflussen hingegen die Unzufriedenheit mit der Regierung Satō. Die Presse berichtet ausführlich über den Stand der Verhandlungen mit der VR China; die überwiegende Zahl der Tageszeitungen fordert eine Aufnahme von Beziehungen zu dieser. Die *Asahi shinbun* übernimmt eine führende Rolle und fordert sogar einen Premierministerwechsel, um die Verhandlungen mit der VR China voranzutreiben.<sup>76</sup> Unter Tanaka lehnt der Großteil der Bevölkerung weiterhin einen Bruch mit Taiwan ab, akzeptiert ihn jedoch unter dem Eindruck der internationalen Entwicklungen in der China-Frage. Der Abschluss des Friedens- und Freundschaftsvertrags mit der VR China wird von Bevölkerung und Presse überwiegend positiv aufgenommen.<sup>77</sup> Von Interesse ist noch, dass die Zustimmungsraten für die Premierminister gegen Ende ihrer Amtszeiten durchweg stark absinken, obwohl sich die öffentliche Meinung zumeist in deren Außenpolitik widerspiegelt. Nach der starken Druckausübung der Presse gegen Ende der Amtszeit Satōs rückt diese von einer klaren prochinesischen Haltung ab.

---

74 MENDL 1978:199.

75 WATANABE 1977:128; OCHI 1982:101–102.

76 Dabei verurteilt sie einen möglichen Wechsel zu Fukuda, da dieser als Außenminister zu sehr mit dem „Peking-feindlichen“ Satō verbunden sei (*Asahi shinbun*, 07.06.1972:1; ZHAO 1999:144–146).

77 KIM 1979:310.

### 5.2.2 Bürokratie und Wirtschaft

Bürokratie und Wirtschaft sind in der China-Frage besonders in Satôs Amtszeit gespalten. So gibt es starke Differenzen zwischen dem prochinesischen MITI und dem als protaiwanisch geltenden Außenministerium, das sich wegen des inoffiziellen Charakters der Beziehungen zur VR China wenig konkret mit dieser beschäftigt hatte. Nach dem Nixon-Schock, als eine Normalisierung der Beziehungen zur VR China wünschenswert und realistisch erscheint, scheiden sich die Geister im Außenministerium. So befürwortet beispielsweise das Büro für Asiatische Angelegenheiten Beziehungen zur VR China, das VN-Büro ebenso wie das Büro für Vertragsangelegenheiten sprechen sich dagegen aus.<sup>78</sup> Die Uneinigkeit im Ministerium und die Schnelligkeit der Entwicklungen führen zu Kritik, weil das Außenministerium im Vorfeld zu den Verhandlungen mit der VR China keine Politikvorschläge ausgearbeitet hatte und sich wenig in den Normalisierungsprozess einbringt. Das MITI betrachtet Beziehungen zur VR China sehr positiv, mahnt aber, die ertragreichen Wirtschaftsbeziehungen zur Republik China nicht zu gefährden. Satôs Nachfolger Tanaka misstraut dem Außenministerium aufgrund dessen vorheriger protaiwanischer Haltung und bezieht nur wenige Vertreter in seine strategischen Überlegungen und die Verhandlungen ein.<sup>79</sup> Auch unter Miki ist die Kooperation zwischen politischer Führung und Außenministerium begrenzt. Durch die Normalisierung verliert die Taiwan-Frage jedoch an Brisanz und wird durch Forderungen einer ausgewogenen Politik in Asien abgelöst.

Erst in der Frage des Abschlusses des Friedens- und Freundschaftsvertrages unter Fukuda nehmen Außenministerium und MITI die gleiche Position ein, nämlich Unterstützung eines schnellen Abschlusses. Das MITI begründet seine Haltung u.a. damit, dass engere Beziehungen zur VR China in der Folgezeit des Ölschocks von 1973 die Versorgung Japans mit Rohstoffen sichern könnten.<sup>80</sup>

Die japanische Wirtschaft nimmt in der Aufnahme von Beziehungen zur VR China eine Vorreiterrolle ein, d.h. die politische Entwicklung folgt der wirtschaftlichen. Nach dem Nixon-Schock entwickelt sich in der japanischen Wirtschaft ein China-Boom, viele Wirtschaftsvertreter fordern zu einer Normalisierung auf.<sup>81</sup> Tanaka begrüßt die Initiativen der Wirtschaft, da diese den politischen Prozess vereinfachen.<sup>82</sup> Dennoch nimmt Keidanren anders als andere Wirtschaftsverbände eine vorsichtige Haltung bezüglich der VR China und ihrer Bedingungen für die Aufnahme vertiefter Handelsbeziehungen ein; die erste Keidanren-

78 Weitere Details zu den Haltungen der einzelnen Abteilungen innerhalb des Außenministeriums finden sich bei ZHAO 1999:102–104 und OGATA 1988:41.

79 Welfield 1988:315.

80 SOEYA 1998:150.

81 IJRI 1987:191. Ein Zeichen für diesen Boom ist die Einstellung der Taiwan-Japan-Route durch fünf von sechs Schifffahrtsgesellschaften, die diese zuvor bedient hatten (OKA 23.07.1971:1).

82 IJRI 1987:279–280.

Delegation reist erst im September 1973 in die VR China.<sup>83</sup> Der Wirtschaftsverband versteht sich als Vertreter aller japanischen Wirtschaftsinteressen und bemüht sich daher um Unvoreingenommenheit und unpolitisches Handeln. Keidanren spricht sich dennoch für den schnellen Abschluss eines Friedens- und Freundschaftsvertrages unter Fukuda aus.<sup>84</sup> Nachdem sich die Wogen der Begeisterung für den China-Handel gelegt hatten, die Beziehungen zur VR China aufgenommen und die semioffiziellen zur Republik China institutionalisiert waren, verliert die Frage des Umgangs mit Taiwan an Brisanz. Stattdessen stehen die Beziehungen zu den kommunistischen Staaten SU und VR China im Mittelpunkt der Diskussion, Vertreter aus Wirtschaft und Bürokratie sprechen sich für eine Politik der Ausgewogenheit und Distanz in Asien aus.<sup>85</sup>

### 5.2.3 Politik

Nach dem Abschluss der Verhandlungen über die Rückgabe Okinawas an Japan 1969, die in den Jahren zuvor das wichtigste Ziel der japanischen Außenpolitik war, mehren sich die Stimmen, die als nächstes Projekt eine Annäherung an die VR China anstreben. Die prochinesischen Gruppierungen mehren sich; auch die innerparteilichen Gremien zur China-Frage werden personell aufgestockt.<sup>86</sup> Die ohnehin vorhandene Spaltung des Parlaments in prochinesische und pro-taiwanische Gruppierungen verschärft sich nach dem Nixon-Schock erheblich; der Druck auf Premierminister Satō wächst, eine einheitliche Haltung im Parlament in der Frage ist nicht zu erreichen. Das amerikanische Verhalten in der China-Frage wird in Japan als Verrat verstanden und schwächt das Vertrauen in die Partnerschaft, gleichzeitig sieht sich der Premierminister harscher Kritik ausgesetzt.<sup>87</sup> Selbst innerhalb des Kabinetts herrscht keine Einigkeit.<sup>88</sup> Nach dem Eintritt der VR China in die VN und dem damit verbundenen internationalen Auftrieb wachsen Macht und Druck der prochinesischen Gruppierungen,

83 SOEYA 1998:146–147. Zhou hatte 1970 unter anderem Handel mit Firmen, die Taiwan oder Südkorea unterstützen, ausgeschlossen.

84 KIM 1979:301.

85 PARK 1976:485–487.

86 OCHI 1982:92; IJIRI 1987:58, 67.

87 Z.B. wirft der ehemalige Außenminister Fujiyama Aiichirō Premierminister Satō mangelnde Kompetenz für Verhandlungen mit der VR China vor (*New York Times*, 22.07.1971a:6). Zwar steht Japan offiziell weiterhin zur Sicherheitspartnerschaft mit den USA, innenpolitisch wird diese als Folge der Nixon-Schocks in Frage gestellt (WELFIELD 1988:299; EMMERSON/HUMPHREYS 1973:78).

88 Als Beispiel lässt sich hier die Frage des japanischen Mittragens der amerikanischen Resolutionen zur Erklärung des Ausschlusses Taiwans als „wichtige Frage“ (der somit einer Zwei-Drittel-Mehrheit in der Generalversammlung bedarf) und zur Doppelvertretung in den VN nennen. Nachdem Opposition und Teile der LDP zum Boykott der Resolutionen aufgerufen hatten, stellen sich auch Justizminister Maeo Shigesaburō und Landwirtschaftsminister Akagi Munenori gegen die Resolution. Ein Treffen der Führungskräfte des Kabinetts führt zu keinen Ergebnissen, so dass die Entscheidung letztlich Premierminister Satō allein übertragen wird (OGATA 1988:41).

auch innerhalb der LDP insbesondere durch Ôhira Masayoshi, Miki Takeo und Fujiyama Aiichirô.<sup>89</sup> Nach den Nixon-Schocks gewinnen die überwiegend prochinesisch eingestellten Oppositionsparteien an Einfluss auf die politischen Prozesse.<sup>90</sup> Den Höhepunkt stellt das von den Oppositionsparteien eingebrachte, wenn auch gescheiterte Misstrauensvotum gegen Außenminister Fukuda dar, dem „zwölf Samurai“ aus der LDP unter der Leitung von Fujiyama fernblieben.<sup>91</sup> Ein Rücktritt Satôs wird unausweichlich. Im innenpolitischen Kampf um die Nachfolge Satôs im Amt des Premierministers werden die Beziehungen zu China zur politischen Profilierung der Kandidaten Fukuda Takeo, Tanaka Kakuei, Nakasone Yasuhiro und Ôhira Masayoshi genutzt.

Satôs Nachfolger Tanaka tritt ein schwieriges Erbe an, weil es nun an ihm liegt, die innerparlamentarische und innerparteiliche Spaltung in prochinesische und protaiwanische Lager zu überwinden. Tanaka tritt sein Amt mit dem klaren Mandat an, die Beziehungen zur VR China zu normalisieren; um die Spaltung zu überwinden, beruft er Ausschüsse ein, arrangiert persönliche Treffen zwischen dem prochinesischen Lager und Kritikern und mildert auf diese Weise die Opposition zu seiner China-Politik. Die protaiwanischen Kräfte geben in ihren Forderungen nach einem Abrücken von prochinesischer Politik nach und rufen lediglich zu einer China-Politik auf, die keine negativen Konsequenzen für die Beziehungen zu Taiwan nach sich zöge.<sup>92</sup> Sie erreichen demnach keine protaiwanische Politik, aber eine Verzögerung des Friedens- und Freundschaftsvertrags mit der VR China.<sup>93</sup> Die Oppositionsparteien spielen in Tanakas ersten Kontakten mit der Regierung in Peking eine wichtige Rolle; auch entsendet Tanaka Oppositionspolitiker mit guten Beziehungen zur chinesischen Führung als Vertreter Japans und als seine persönlichen Vertreter in die VR China, betreibt also aktiv Oppositionsdiplomatie (野党外交 *yatô gaikô*).<sup>94</sup>

Unter Miki, der über keine Machtbasis im Parlament verfügt, regieren faktisch die Ôhira-, Nakasone- und Fukuda-Faktionen.<sup>95</sup> Der Umgang mit der VR China dient für Mikis Gegner dazu, dessen politische Führung zu hinterfragen und seine Machtbasis weiter zu schwächen.

Mikis Nachfolger im Amt des Premierministers, Fukuda Takeo, war unter Satô bereits Außenminister während des internationalen Umbruchs in der China-Frage. Er gilt als Führer einer protaiwanischen Faktion, die in seiner Amtszeit dazu umschwenkt, den Friedens- und Freundschaftsvertrag zu unterstützen,

89 KISHIMOTO 1983:285.

90 KUSUDA 2001:616.

91 IJIRI 1987:100; ZHAO 1999:94. Die „zwölf Samurai“ wollten damit gegen Satôs Führung protestieren. Um nicht gegen die ausgewiesene Parteilinie zu verstoßen, blieben sie dem Votum also fern, statt gegen Satô zu stimmen.

92 IJIRI 1987:221–222, 246–247; FUKUI 1977b:74–76.

93 OGATA 1988:82.

94 IJIRI 1987:299; ZHAO 1999:135.

95 WELFIELD 1988:333.

um Fukudas Wiederwahl nicht zu gefährden.<sup>96</sup> In Fukudas Amtszeit wird die Spaltung in prochinesische und protaiwanische Lager des Parlaments größtenteils überwunden; lediglich in den Verhandlungen zum Friedens- und Freundschaftsvertrag mit der VR China sehen die protaiwanischen Kräfte ihre letzte Möglichkeit der Einflussnahme in dieser Frage. Interessant ist, dass sich die Zusammensetzung der protaiwanischen Gruppierungen nicht ändert, sich daraus jedoch unter Fukuda keine protaiwanischen Forderungen ableiten, sondern eben jene Gruppierungen eine prosowjetische Position einnehmen. Dies ist ein Indiz dafür, dass die Zugehörigkeit zu einer prochinesischen oder protaiwanischen Gruppierung nicht unbedingt inhaltliches Interesse an der Ausgestaltung der japanischen China-Politik bedeutet, sondern die innenpolitische Machtausübung verschiedener Faktionen im Vordergrund steht.

Ein Überblick über die Verhältnisse im Parlament während der Amtszeiten der vier Premierminister ergibt, dass die Spaltung lediglich unter Satō zu erheblichen Problemen in der politischen Richtungsentscheidung führt; Tanaka versöhnt die Gruppierungen im Parlament zwar nicht, durch die Bereitstellung eines zentralen Forums zum Meinungsaustausch und die Einbindung der Opposition in die politischen Entscheidungsprozesse minimiert er jedoch die Kritik an seiner Politik; Mikis mangelnde politische Durchsetzungsfähigkeit ist nicht durch die Spaltung im Parlament aufgrund der Taiwan-Frage bedingt, möglicherweise wird sie jedoch dadurch verschärft; erst unter Fukuda endet die Spaltung bezüglich der japanischen Taiwan-Politik.

### 5.3 Faktoren auf individueller Ebene

Den letzten entscheidenden Anstoß in der Ausgestaltung der Außenpolitik geben die höchsten politischen Entscheidungsträger, die japanischen Premierminister.

Satō Eisaku gilt als einer der am stärksten an Taiwan und die USA gebundenen Premierminister der Nachkriegszeit. In seinen Reden vor dem Parlament betont er die Notwendigkeit eigenständiger Außenpolitik neben guten Beziehungen zu den USA; die japanischen Interessen müssten nicht zwangsläufig mit denen der USA übereinstimmen.<sup>97</sup> Er versteht die Notwendigkeit der Normalisierung japanisch-chinesischer Beziehungen; diese zu erreichen ist ihm jedoch unmöglich.<sup>98</sup> Er hofft, durch eine enge Bindung an die USA, durch den Beweis der Loyalität Japans, im Gegenzug auf eine nachgiebige amerikanische Haltung, wenn Japan sich um eine Ausweitung der Beziehungen mit der VR China

---

96 Ein außenpolitischer Erfolg erscheint zum Machterhalt notwendig (KAMIYA 2002: 65; WATANABE 2000: 273).

97 EDSTRÖM 1999: 61.

98 SOEYA 1998: 10, 160. Ein Anzeichen für sein Bestreben um politische Kontaktaufnahme mit Peking ist, dass er als erster Premierminister den offiziellen Namen „VR China“ (中華人民共和國 *Chûka jinmin kyôwakoku*, statt z.B. „Rotchina“ oder das „Pekinger Regime“) benutzt (SATÔ 25.01.1971).

bemüht.<sup>99</sup> Nach den Nixon-Schocks, die die Sicherheitspartnerschaft und die Regierung Satô in das Zentrum der Kritik in Japan rücken und die ihn auch persönlich enttäuschen,<sup>100</sup> bleibt er loyal und unterstützt durch das Mittragen der amerikanischen Resolutionen in den VN Japans Verbündete USA und Taiwan, obwohl sich eine Niederlage der Resolutionen abzeichnet.<sup>101</sup> Zwar befürwortet er eine Annäherung an die VR China, dies bleibt ihm jedoch aufgrund der innenpolitischen Zerstrittenheit des Parlaments und der chinesischen Verhandlungsverweigerung verwehrt.<sup>102</sup> So lehnt die VR China Satôs Gesprächsangebote, oftmals über Kanäle der „Entendiplomatie“ (アヒル外交 *ahiru gaikô*)<sup>103</sup>, wiederholt ab.

Tanaka, der als „computerized bulldozer“ bezeichnet wird, steht für Jugendllichkeit, Entschlossenheit und eine prochinesische Haltung; er erklärt eine Normalisierung der Beziehungen zur VR China zu seinem politischen Ziel.<sup>104</sup> Beziehungen zu beiden Chinas hält er für unrealistisch. Der Umgang mit der Republik China auf Taiwan hatte sich zu dem Zeitpunkt zu einem innenpolitischen Thema entwickelt, und Tanaka behandelt ihn als solches. Er sieht in einer Normalisierung die Chance, zwei Drittel der japanischen innenpolitischen Probleme zu lösen, die Bevölkerung hinter der Politik zu vereinen und außerdem den Schlüssel für Stabilität in Asien.<sup>105</sup> Die klare Ankündigung seiner politischen Zielsetzung führt dazu, dass er eine solche möglichst schnell erreichen möchte, um seine politische Glaubwürdigkeit zu unterstreichen und um schneller als die USA zu sein; daher nutzt er nicht alle Spielräume in den Verhandlungen mit der VR China aus, die ebenfalls ein großes Interesse an politischen Beziehungen zu Japan hat. Für Tanaka bilden die USA weiterhin einen wichtigen Pfeiler der japanischen Außenpolitik, allerdings plädiert er für eine Erweiterung des Kreises der Adressaten japanischer Außenpolitik.<sup>106</sup> Der

99 COHEN 1989:54.

100 FREUDENBERG 1987:211; SHIBUSAWA 1984:64.

101 Satô steht in seiner Entscheidung nicht nur unter innenpolitischem Druck; die USA nutzen ebenfalls zahlreiche Gelegenheiten, Japan unter Druck zu setzen. Auch die anstehende Ratifizierung der Rückgabe Okinawas in den USA und der andauernde amerikanische Druck zur Lösung der wirtschaftlichen Spannungen beeinflussen Satô (SCHALLER 1997:242). Satô wirbt kräftig für internationale Unterstützung der Resolutionen: so schickt er u.a. Briefe und Gesandte an unschlüssige Nationen (OGATA 1988:60).

102 Nachdem Nixon ankündigt, er werde die Einladung Zhous nach China annehmen, erklärt Satô, er selbst wolle die VR China auch besuchen, sobald die Situation es erlaube. In der gleichen Erklärung kritisiert er die USA scharf für die Geheimhaltung ihrer China-Politik (*New York Times*, 22.07.1971b:6; OKA 23.07.1971:1; IJIRI 1987:78).

103 Der Begriff bezeichnet eine Politik, bei der man nach außen hin ruhig wirkt, während unter der Oberfläche viel Bewegung ist. Dazu gehören die japanischen Versuche, über das japanische Generalkonsulat in Hongkong Kontakt zur Regierung in Peking aufzunehmen oder ein Brief von LDP-Parteigeneralsekretär Hori Shigeru an Zhou Enlai (IJIRI 1987:101–102).

104 EDSTRÖM 1999:71.

105 SOEYA 1998:112; vgl. auch EDSTRÖM 1999:76; WATANABE 2000:234.

106 WELFIELD 1988:296.

Schlüssel für Tanakas außenpolitischen Erfolg liegt darin, dass er den Eindruck erweckt, mit offenen Karten zu spielen: Er bietet der innerjapanischen Opposition Foren zum Meinungsaustausch, informiert Taiwan und die USA ausführlich über seine geplanten Schritte in der Normalisierung und bindet Oppositionsparteien in seine Strategie ein. Er gibt also allen Beteiligten die Möglichkeit, ihre Meinung kundzutun; er folgt dennoch letztlich seiner eigenen Strategie, freier von äußeren Einflüssen als beispielsweise Satô.

Miki befürwortet die normalisierten Beziehungen zur VR China und strebt nach dem Abschluss eines Friedens- und Freundschaftsvertrages; dies ist ihm jedoch aufgrund der innenpolitischen Wirren in China und wegen seiner nicht ausreichenden Machtbasis im japanischen Parlament unmöglich. Er verbindet in seinem Kabinett prochinesische und protaiwanische Haltungen zu gleichen Teilen.<sup>107</sup> Seine Beileidsbekundung gegenüber dem taiwanischen Volk nach dem Tod Chiang Kai-sheks 1975 und seine Erlaubnis für Satô, dem Begräbnis beizuwohnen, führen zu Komplikationen in den Beziehungen zur VR China.<sup>108</sup> Miki betont ebenfalls die Zentralität der USA in der japanischen Außenpolitik, auch wenn er wie Tanaka eine Ausweitung der Adressaten propagiert.<sup>109</sup>

Fukuda, als Vorsitzender einer Faktion, die größtenteils aus protaiwanischen Mitgliedern besteht, erklärt dennoch früh in seiner Amtszeit, dass er einen Friedens- und Freundschaftsvertrag mit der VR China anstrebe. Bereits im Wahlkampf um die Nachfolge Satôs hatte er betont, dass er seine Außenpolitik auf engen Beziehungen zu den USA, zur SU und zur VR China aufbauen wolle.<sup>110</sup> Ihm gelingt es, seine Faktionsmitglieder hinter dem Vertrag zu vereinen; gleichzeitig erleichtern die ermutigenden Signale aus der VR China und den USA die Verhandlungen, die aus strategischen Gründen im Kalten Krieg enge chinesisch-japanische Beziehungen befürworten. Das Timing des Abschlusses scheint auch der anstehenden Wahl zum Parteivorsitz der LDP geschuldet; außerdem waren Fukudas Zustimmungswerte in der Bevölkerung zuvor stark gefallen, so dass er sich von dem Abschluss einen Anstieg dieser versprach.

## 6. Zusammenführung der Ergebnisse

Die vorliegende Fallstudie diente der Überprüfung der These, dass wirtschaftliche Selbstbestimmung und die Reduzierung diplomatischer Abhängigkeit Japans von den USA der von Ozawa klar ausformulierten Forderung nach sicherheitspolitischer Unabhängigkeit vorausgehen. Im Zentrum stand die Untersuchung des zweiten Aspekts, des Strebens nach diplomatischer Emanzipation. Die Betrachtung der japanischen Taiwan-Politik zeigt, dass diese ein Produkt verschiedener Faktoren ist, darunter internationale, nationale und individuelle, die zusammenwirkend ein Politikergebnis herbeiführen.

---

107 PARK 1976:477, 485.

108 JOHNSON 1986:415; PARK 1976:479.

109 EDSTRÖM 1999:86.

110 WATANABE 2000:234.

Unter Satô sprechen nahezu alle Faktoren für ein Scheitern seiner beabsichtigten Politik der Annäherung an die VR China: Druckausübung des engsten Partners USA, Taiwan zu unterstützen, der Ausschluss von Verhandlungen mit Japan unter Satô durch die VR China, Unentschlossenheit in Bevölkerung, Bürokratie, Wirtschaft und Parlament. Zwar wechseln dann beide internationalen Partner, die USA und die VN, hin zu engeren Beziehungen zur VR China, dies allein führt jedoch nicht zu einem Politikwechsel in Japan. Die internationalen Ereignisse beeinflussen das nationale Umfeld, so dass der innenpolitische Druck steigt. Tanaka stellt sich im Gegensatz zu Satô als Wunschkandidat für Verhandlungen mit der VR China dar, die USA bringen keine Einwände vor, die Druckmittel der Republik China sind nicht ausreichend für effektive Opposition gegen Tanakas Pläne. Mikis Amtszeit ist von mehreren internationalen und nationalen Schwierigkeiten geprägt: In den USA wirken die Folgen des Watergate-Skandals nach, in der VR China kommt es zum Machtkampf nach Maos und Zhous Tod 1976, Mikis eigene Machtposition im Parlament ist instabil; allein die Beziehungen zur Republik China entwickeln sich im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich positiv. Fukuda trifft auf eine ruhigere internationale Lage, der neue US-Präsident Jimmy Carter unterstützt die japanische China-Politik und wie die VR China eine weitere Festigung der japanisch-chinesischen Beziehungen aus globalstrategischen Gründen. National gelingt es Fukuda, Unterstützung für den Friedens- und Freundschaftsvertrag mit der VR China zu sichern.

Die oben benannten Prinzipien der japanischen Außenpolitik bestätigen sich in der Taiwan-Politik, darunter die Zentralität der VN, Konsensbildung und die enge Abstimmung mit den USA. Erst nach dem Beitritt der VR China in die VN ist innenpolitisch eine Annäherung zu erklären. Der Stellenwert der Konsensbildung im innenpolitischen Alltag zeigt sich z.B., als Satôs Versuche misslingen, LDP und Parlament hinter sich zu vereinen, während Tanaka durch verschiedene Gremien und persönliche Treffen zwar keine Zustimmung seiner Politik erfährt, jedoch die mögliche Opposition besänftigt. Miki gelingt es nicht, eine klare Haltung im Umgang mit Taiwan und China zu finden, die die Unterstützung oder zumindest die Billigung seiner Partei findet, während Fukuda als Führer einer protaiwanisch geprägten Faktion die antichinesischen Kräfte zur Akzeptanz des Friedens- und Freundschaftsvertrages bringen kann.

Auffallend ist, dass sich die amerikanische und die japanische Taiwan-Politik trotz unterschiedlicher Interessen parallel entwickeln. Dies liegt jedoch nicht (ausschließlich) an amerikanischem Druck auf Japan, der Linie der USA zu folgen. Nach der Abstimmung in den VN, als die USA Japan zum Mittragen der Resolutionen zum Erhalt des taiwanischen Sitzes aufforderten, und nach Nixons Besuch in China endet das offene amerikanische Drängen auf eine bestimmte Richtung in der japanischen China- und Taiwan-Politik. Japan gelingt die Normalisierung der Beziehungen zwar schneller als den USA, der nächste Schritt, nach Nixons Besuch und Tanakas Erfolg in der Normalisierung, erfolgt für beide Länder 1978 durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwi-

schen den USA und der VR China und dem Abschluss des japanisch-chinesischen Friedens- und Freundschaftsvertrags.

Das japanische Streben nach außenpolitischer Autonomie, also Außenpolitik frei von internationalen, v. a. amerikanischen, geo- und militärstrategischen Überlegungen, kristallisiert sich im japanischen Umgang mit Taiwan und auch der VR China im untersuchten Zeitraum heraus. Schon vorher standen die VR China und Taiwan im Zentrum eines Konfliktes zwischen den Bündnispartnern USA und Japan, den Japan dadurch löste, sich auf Wirtschaftsbeziehungen zur VR China zu konzentrieren, die die USA größtenteils akzeptierten. Wenn die geostrategischen Interessen der USA jedoch gefährdet schienen, sahen sich die USA zum Eingreifen gezwungen, und Japan richtete sich nach den amerikanischen Vorgaben. Auch von 1969 bis 1978 verhält sich Japan nicht grundlegend entgegen amerikanischen Interessen, dennoch gehen auch die USA Kompromisse ein, als sie die schnellere Normalisierung durch Japan aus Rücksicht auf innenpolitische Zwänge hinnehmen. Die Wahrnehmung der Rolle Japans in der Sicherheitspartnerschaft verändert sich sowohl in Japan als auch in den USA. Indizien dafür sind ein Treffen zwischen Tanaka und Nixon in der Taiwan-Frage, das zum ersten Mal nicht in Washington, sondern auf halbem Wege in Honolulu stattfindet, oder die Absprachen, die Carter mit Fukuda bezüglich der neuen China-Politik trifft. Das japanische außenpolitische Selbstverständnis verändert sich ebenfalls. Beispiele für eine Veränderung des Verhaltens sind Tanakas eigenständige diplomatische Initiativen gegenüber der PLO und Nordvietnam oder die Ausweitung der Adressaten japanischer Außenpolitik durch die Fukuda-Doktrin.<sup>111</sup>

Nachdem Japan sich im wirtschaftlichen und diplomatischen Bereich zumindest ein Stück weit von den USA emanzipiert hat, ist eine sicherheitspolitische Eigenständigkeit, wie sie in der Debatte um Japan als „normale Nation“ gefordert wird, die logische Konsequenz. Teile von Ozawas Forderungen finden sich auch schon in der japanischen Taiwan-Politik. Ozawa fordert vertrauensbildende Maßnahmen und eine klare Darstellung der japanischen außenpolitischen Ziele, um den asiatischen Nachbarn und der Bevölkerung Ängste vor einer Remilitarisierung zu nehmen. Die Entschuldigung Tanakas in den Verhandlungen mit China und in der Präambel des Zhou-Tanaka-Communiqués von 1972 sowie Fukudas Bemühungen um gute Beziehungen zu Südostasien können exemplarisch als erste Schritte in diese Richtung gewertet werden. Durch gute Beziehungen zu den asiatischen Staaten könnten möglicherweise einige Lösungsansätze für Japans sicherheitspolitisches Dilemma verwirklicht werden, darunter regionale Sicherheitsbündnisse oder der Aufbau eines Systems kollektiver Sicherheit auf Basis der VN, in denen Japan eine gleichberechtigte Rolle einnimmt. Am wahrscheinlichsten ist jedoch auch weiterhin eine Kombination aus Kooperation mit den USA und gleichzeitiger Einbindung

---

111 Diese sieht möglichst positive materielle und auch immaterielle Beziehungen zu den Staaten Südasiens vor.

Japans in asiatische Sicherheitsstrukturen. Die Basis für dieses Modell hat Japan in den 1970er Jahren durch die Aufnahme friedlicher Beziehungen zur VR China, enge inoffizielle Beziehungen zur Republik China und den Ausbau seiner Rolle in der Sicherheitspartnerschaft mit den USA gelegt.

### Literaturverzeichnis

- ALLISON, John M. (1953): „American Leadership and Japan“.  
<http://images.library.wisc.edu/FRUS/EFacs/1952-54v14p2/reference/frus.frus195254v14p2.i0003.pdf> (Zugriff am 22.10.2009).
- Archiv der Gegenwart* (02.03.1972): „Japan-China. Die Entwicklung der japanisch-chinesischen Beziehungen seit dem Friedensvertrag von San Francisco“, S. 16939–16942.
- Asahi shinbun* (07.06.1972): „Fukuda-shi, seiken kôshô no rinen shimesu“ [Fukuda verkündet seinen Regierungsplan], S. 1.
- BAERWALD, Hans H. (1976): „The Foreign Policy of Japan“, in: ROSENAU, James N./Kenneth W. THOMPSON/Gavin BOYD (Hrsg.): *World Politics, An Introduction*. New York: The Free Press, S. 129–149.
- COHEN, Warren I. (1989): „China in Japanese-American Relations“, in: IRIYE, Akira/Warren I. COHEN (Hrsg.): *The United States and Japan in the Postwar World*. Lexington: University Press of Kentucky, S. 36–60.
- COONEY, Kevin J. (2002): *Japan's Foreign Policy Maturation: A Quest for Normalcy*. New York et al.: Routledge.
- COONEY, Kevin J. (2007): *Japan's Foreign Policy Since 1945*. Armonk et al.: M. E. Sharpe.
- DIFILIPPO, Anthony (2002): *The Challenges of the U.S.-Japan Military Arrangement, Competing Security Transitions in a Changing International Environment*. Armonk et al.: M. E. Sharpe.
- EDSTRÖM, Bert (1999): *Japan's Evolving Foreign Policy Doctrine. From Yoshida to Miyazawa*. Houndmills et al.: Macmillan Press Ltd..
- EMMERSON, John K./Leonard A. HUMPHREYS (1973): *Will Japan Rearm? A Study in Attitudes*. Washington: AEI.
- ETÔ Shinkichi/WATANABE Akio/KUMON Shunpei/HIRANO Ken'ichirô (1981): *Kokusai kankeiron. Jô* [Internationale Beziehungen, Bd. 1]. Tôkyô: Tôkyô daigaku shuppankai.
- EVANS, Peter B. (1993): „Building an Integrative Approach to International and Domestic Politics“, in: EVANS, Peter B./Harold K. JACOBSON/Robert D. PUTNAM (Hrsg.): *Double-Edged Diplomacy. International Bargaining and Domestic Politics*. Berkeley: University of California Press, S. 397–430.
- FREUDENBERG, Graham (1987): *Certain Grandeur. Gough Whitlam in Politics*. Ringwood et al.: Penguin Books.

- FUKUI, Haruhiro (1977a): „Policy-Making in the Japanese Foreign Ministry“, in: SCALAPINO, Robert A. (Hrsg.): *The Foreign Policy of Modern Japan*. Berkeley et al.: University of California Press, S. 3–35.
- FUKUI, Haruhiro (1977b): „Studies in Policymaking: A Review of the Literature“, in: PEMPEL, T.J. (Hrsg.): *Policymaking in Contemporary Japan*. Ithaca: Cornell University Press, S. 22–59.
- GLOSSERMAN, Brad (2007): „Japan as a ‘Normal’ State: Implications for the Region“. [http://www.isis.org.my/files/apr/BRAD\\_GLOSSERMAN.pdf](http://www.isis.org.my/files/apr/BRAD_GLOSSERMAN.pdf) (Zugriff am 07.09.2009).
- GREEN, Michael J. (1995): *Arming Japan. Defense Production, Alliance Politics, and the Postwar Search for Autonomy*. New York: Columbia University Press.
- GREEN, Michael J. (2001): „The Search for an Active Security Partnership, Lessons from the 1980s“, in: IRIYE Akira/Robert A. WAMPLER (Hrsg.): *Partnership. The United States and Japan 1951–2001*. Tôkyô et al.: Kodansha International, S. 135–160.
- GREEN, Michael J./Richard J. SAMUELS (1994): *Recalculating Autonomy: Japan's Choices in the New World Order*. NBR Analysis, 5, 4. Seattle: National Bureau of Asian Research.
- HELLMANN, Donald C. (1974): „Japan and China: Competitors in a Multipolar World?“, in: CLAPP, Priscilla/Morton HALPERIN (Hrsg.): *United States-Japanese Relations in the 1970's*. Cambridge: Harvard University Press, S. 164–182.
- HERMANN, Charles F. (1990): „Changing Course“, in: *International Studies Quarterly* 34, 1, S. 3–21.
- HOLSTI, K.J. (1982): „Restructuring Foreign Policy: A Neglected Phenomenon in Foreign Policy Theory“, in: HOLSTI, K.J. (Hrsg.): *Why Nations Realign: Foreign Policy Restructuring in the Postwar World*. London: George Allen and Unwin, S. 1–20.
- HOSOYA, Chihiro (1989): „From the Yoshida Letter to the Nixon Shock“, in: IRIYE, Akira/Waren I. COHEN (Hrsg.): *The United States and Japan in the Postwar World*. Lexington: The University Press of Kentucky, S. 21–35.
- HSIAO, Gene T. (1974): „The Sino-Japanese Rapprochement: A Relationship of Ambivalence“, in: HSIAO, Gene T. (Hrsg.): *Sino-American Détente and its policy implications*. New York et al.: Praeger Publishers, S. 160–188.
- HURST, G. Cameron III (1997): „The U.S.-Japanese Alliance at Risk“, in: *Orbis* 41, 1, S. 69–76.
- IJIRI, Hidenori (1987): *The Politics of Japan's Decision to Normalize Relations with China: 1969–72*. Berkeley: University of California.

- JOHNSON, Chalmers (1986): „The Patterns of Japanese Relations with China, 1952–1982“, in: *Pacific Affairs* 59, 3, S. 402–428.
- JOHNSON, Chalmers (1992): „Japan in Search of a ‘Normal’ Role“. <http://igcc.ucsd.edu/pdf/policypapers/pp03.pdf> (Zugriff am 28.05.2010).
- KAMIYA, Matake (2002): „Japanese Politics and Asian Policy“, in: VOGEL, Ezra F./YUAN Ming/TANAKA Akihiko (Hrsg.): *The Golden Age of the U.S.-China-Japan Triangle*. Cambridge (Mass.) et al.: Harvard University Press, S. 52–75.
- KATSUMATA, Hiro/LI Mingjiang (07.08.2008): „China wary of a ‘normal’ Japan“. *Asia Times Online*. <http://www.atimes.com/atimes/Japan/JH07Dh01.html> (Zugriff am 15.10.2009).
- KATZENSTEIN, Peter J. (1996): „Introduction: Alternative Perspectives on National Security“, in: KATZENSTEIN, Peter J. (Hrsg.): *The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics*. New York: Columbia University Press, S. 1–32.
- KATZENSTEIN, Peter J./OKAWARA Nobuo (1993): *Japan's National Security. Structures, Norms and Policy Responses in a Changing World*. Ithaca: Cornell University Press.
- KEVENHÖRSTER, Paul (2003): *Politikwissenschaft. Bd. 1: Entscheidungen und Strukturen der Politik*. 2. Auflage. Opladen: Leske + Budrich.
- KIJIMA, Joji (2004): „Taiwan's break with Japan: 1972 revisited“. Vortragsmanuskript: European Association of Taiwan Studies Conference, 18. April 2004.
- KIM, Hong N. (1979): „The Fukuda Government and the Politics of the Sino-Japanese Peace Treaty“, in: *Asian Survey* 19, 3, S. 297–313.
- KISHIMOTO Hiroshi (1983): „Sôshiage to kurehiki no konnan“ [Die Strapazen der letzten politischen Handlungen und des Abgangs von der politischen Bühne], in: KUSUDA Minoru (Hrsg.): *Satô seiken 2797 nichi* [Die 2797 Tage der Regierung Satô]. 1. Band. Tôkyô: Gyôsei mondai kenkyûsho shuppankyoku, S. 201–308.
- KUSUDA Minoru (2001): *Kusuda Minoru nikki. Satô Eisaku sôri shuseki hishōkan no 2000 nichi* [Die Tagebücher des Kusuda Minoru. 2000 Tage als Chefsekretär von Premierminister Satô Eisaku] (überarbeitet von Wada Jun). Tôkyô: Chûô kôronsha.
- LEE, Chae-jin (1984): *Japan Faces China. New Economic Diplomacy*. Stanford: Hoover Institution Press.
- LEE, Chae-jin/SATO Hideo (1982): *U.S. Policy Toward Japan and Korea. A Changing Influence Relationship*. New York: Praeger Publishers.

- MAULL, Hanns W. (1999): „Die zwei Gesichter der amerikanisch-japanischen Sicherheitspartnerschaft“, in: MEDICH-KRAKAU, Monika (Hrsg.): *Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive: Die USA und die Bundesrepublik Deutschland*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 285–312.
- MAULL, Hanns W. (2002): „Japan – Gescheiterte Ambitionen als globale und regionale Zivilmacht in Ostasien“, in: FERDOWSI, Mir A. (Hrsg.): *Internationale Politik*. München: Wilhelm Fink Verlag, S. 247–273.
- MENDL, Wolf (1978): *Issues in Japan's China Policy*. London: Macmillan Press Ltd.
- MENDL, Wolf (1995): *Japan's Asia Policy. Regional Security and Global Interests*. London et al.: Routledge.
- MOCHIZUKI, Mike M. (1997): „American and Japanese Strategic Debates: The Need for a New Synthesis“, in: MOCHIZUKI, Mike M. (Hrsg.): *Toward A True Alliance. Restructuring U.S.-Japan Security Relations*. Washington D. C.: Brookings Institution Press, S. 43–82.
- MORADA, Noel M. (2007): „Japan as a Normal State: Implications for Regional Security“, Vortragsmanuskript: Asia Pacific Roundtable, 4.–8. Juni 2007, [http://www.isis.org.my/files/apr/NOEL\\_M\\_MORADA.pdf](http://www.isis.org.my/files/apr/NOEL_M_MORADA.pdf) (Zugriff am 07.09.2009).
- MORAVCSIK, Andrew (1993): „Introduction: Integrating International and Domestic Theories of International Bargaining“, in: EVANS, Peter B./Harold K. JACOBSON/Robert D. PUTNAM (Hrsg.): *Double-Edged Diplomacy, International Bargaining and Domestic Politics*. Berkeley: University of California Press, S. 3–42.
- NABERS, Dirk (2000): *Kollektive Selbstverteidigung in Japans Sicherheitsstrategie*. Hamburg: Institut für Asienkunde.
- New York Times* (22.07.1971a): „Sato Says He'd Go To Peking for Talks On Closer Relations“, S. 6.
- New York Times* (22.07.1971b): „Nixon's Secrecy Criticized“, S. 6.
- OCHI, Hisashi (1982): *Der außenpolitische Entscheidungsprozess Japans. Der zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Japan und der Volksrepublik China führende politische Entscheidungsprozess in Japan*. München: Minerva-Publikation.
- OGATA, Sadako (1988): *Normalization with China. A Comparative Study of U.S. and Japanese Processes*. Berkeley: Institute of Asian Studies, University of California.
- OKA, Takashi (23.07.1971): „Japan Faces Major Shift in China Policy“, in: *New York Times*, S. 1.
- OSIUS, Ted (2002): *The U.S.-Japan Security Alliance. Why It Matters and How to Strengthen It*. Westport et al.: Praeger Publishers.

- OZAWA, Ichirô (1994): „Blueprint for a New Japan. The Rethinking of a Nation“. [Original: *Nihon kaizô keikaku*. 1993. Aus dem Japanischen übersetzt von Louisa Rubinfien] Tôkyô: Kodansha International.
- PARK, Yung H. (1976): „The ‘Anti-Hegemony’ Controversy in Sino-Japanese Relations“, in: *Pacific Affairs* 49, 3 (1976), S. 476–490.
- PURRINGTON, Courtney (1992): „Tokyo's Policy Responses During the Gulf War and the Impact of the ‘Iraqi Shock’ on Japan“, in: *Pacific Affairs* 65, 2, S. 161–181.
- PUTNAM, Robert D. (1993): „Diplomacy and Domestic Politics. The Logic of Two-Level Games“, in: EVANS, Peter B./Harold K. JACOBSON/Robert D. PUTNAM (Hrsg.): *Double-Edged Diplomacy. International Bargaining and Domestic Politics*. Berkeley: University of California Press, S. 431–468.
- RÖHL, Wilhelm (1963): *Die japanische Verfassung*. Frankfurt a. M.: Alfred Metzner Verlag.
- ROSENAU, James N. (1976): „The Study of Foreign Policy“, in: ROSENAU, James N./Kenneth W. THOMPSON/Gavin BOYD (Hrsg.): *World Politics. An Introduction*. New York: The Free Press, S. 15–35.
- ROWE, David Nelson (1975): *Informal “Diplomatic Relations”. The Case of Japan and the Republic of China, 1972–1974*. Hamden: The Shoe String Press.
- SAMUELS, Richard J. (2007): „Securing Japan: The Current Discourse“, in: *Journal of Japanese Studies* 33, 1, S. 125–152.
- SATÔ, Eisaku (25.01.1971): „Rede zur Wiedereröffnung der Parlamentssitzung“. <http://kokkai.ndl.go.jp/> (Zugriff am 15.11.2009).
- SCALAPINO, Robert A. (1977): „Perspectives on Modern Japanese Foreign Policy“, in: SCALAPINO, Robert A. (Hrsg.): *The Foreign Policy of Modern Japan*. Berkeley et al.: University of California Press, S. 391–412.
- SCHALLER, Michael (1997): *Altered States. The United States and Japan since the Occupation*. New York et al.: Oxford University Press.
- SHIBUSAWA, Masahide (1984): *Japan and the Asian Pacific Region. Profile of Change*. New York: St. Martin's Press.
- SINGH, Bhubhinder (2002): „Japan's Post-Cold War Security Policy: Bringing Back the Normal State“, in: *Contemporary Southeast Asia* 24, 1, S. 82–105.
- SOEYA, Yoshihide (1993): „Japan's Policy Towards Southeast Asia. Anatomy of ‘Autonomous Diplomacy’ and the American Factor“, in: JESHURUN, Chandran (Hrsg.): *China, India, Japan and the Security of Southeast Asia*. Singapur: Institute of Southeast Asian Studies, S. 93–114.

- SOEYA, Yoshihide (1998): *Japan's Economic Diplomacy With China, 1945–1978*. Oxford: Clarendon Press.
- SOEYA, Yoshihide (2002): „Japan's Relations with China“, in: VOGEL, Ezra F./YUAN Ming/TANAKA Akihiko (Hrsg.): *The Golden Age of the U.S.-China-Japan Triangle. 1972–1989*. Cambridge (Mass.) et al.: Harvard University Press, S. 210–226.
- SPROUT, Harold/Margaret SPROUT (1957): „Environmental Factors in the Study of International Politics“, in: *Journal of Conflict Resolution* 1, S. 309–328.
- TANAKA, Akihiko (2000): „Domestic Politics and Foreign Policy“, in: INOBUCHI, Takashi/Purnendra JAIN (Hrsg.): *Japanese Foreign Policy. A Reader*. New York: Palgrave, S. 3–17.
- TANAKA, Hitoshi (2008): „Defining Normalcy: The Future Course of Japan's Foreign Policy“, in: *East Asia Insights* 3, 1, S. 1–4.
- WALTZ, Kenneth N. (1965): *Man, the State, and War: A Theoretical Analysis*. 4. Auflage. New York: Columbia University Press.
- WATANABE, Akio (1977): „Japanese Public Opinion and Foreign Affairs: 1964–1973“, in: SCALAPINO, Robert A. (Hrsg.): *The Foreign Policy of Modern Japan*. Berkeley et al.: University of California Press, S. 105–145.
- WATANABE Akio (2000): *Taikoku Nihon no yuragi. 1972 ~*. [Das Wanken Japans als Großmacht seit 1972]. Nihon no kindai, 8. Tôkyô: Chûhô kôron shinsha.
- WEGGEL, Oskar (1991): *Die Geschichte Taiwans. Vom 17. Jahrhundert bis heute*. Köln et al.: Böhlau Verlag.
- WELFIELD, John (1988): *An Empire in Eclipse. Japan in the Postwar American Alliance System*. London et al.: The Athlone Press.
- YOSHIDA Nobuyuki (1997): „Taiwan mondai wo meguru ‚Japan puroburemu‘“ [Das „japanische Problem“ bezüglich der Taiwan-Frage], in: NAKAMURA Katsunori (Hrsg.): *Unmei kyôdôtai toshite no Nihon to Taiwan* [Japan und Taiwan als Schicksalsgemeinschaft]. Tôkyô: Tendensha, S. 367–371.
- ZHAO Quansheng (1999): *Nitchû kankei to Nihon no seiji* [Die japanisch-chinesischen Beziehungen und die japanische Politik]. Tôkyô: Iwanami shoten.